

Porto zahlt
der
Empfänger!

Gewerkschaftlicher
Linksblock
Hugogasse 8
1110 Wien

Antwortkarte

Ich ersuche um Infomaterial:

- Probeexemplar "Die Arbeit"
- Selbstverständnis des GLB
- GLB-Jahreskalender
- Infos zum Thema:.....

Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und in den nächsten Postkasten werfen.

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Mail:

Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB), Hugogasse 8, A-1110 Wien, Telefon +43 664 6145012, Mail office@glb.at; Web www.glb.at, Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Warum per Gesetz?

Die Gewerkschaften haben sich sozialpartnerschaftlich den Standortwünschen der Unternehmerseite angepasst und damit in der Lohnpolitik versagt. Prozentuelle Lohnabschlüsse haben die Schere zwischen kleinen und großen Einkommen vergrößert.

Nicht einmal der von der Regierung angekündigte Mindestlohn von tausend Euro brutto (das sind magere 5,68 Euro pro Stunde bei einer 40-Stundenwoche bzw. 848 Euro netto) per General-Kollektivvertrag ist für alle Branchen durchgesetzt.

In 20 der 27 EU-Länder gibt es bereits einen gesetzlichen Mindestlohn. Ein solcher war nirgends schädlich für die Beschäftigung, im Gegenteil wurden Lohnunterschiede und die Benachteiligung der Frauen reduziert.

Ein Mindestlohn stellt die Kollektivvertragskompetenz der Gewerkschaften nicht in Frage. Er unterstützt diese im Gegenteil sogar, weil er auch in jenen Branchen und Betrieben wo es keine Gewerkschaften gibt Mindeststandards durchsetzt.



Ein Lohn zum Leben!



Für einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde!

Gewerkschaftlicher
Linksblock
www.glb.at

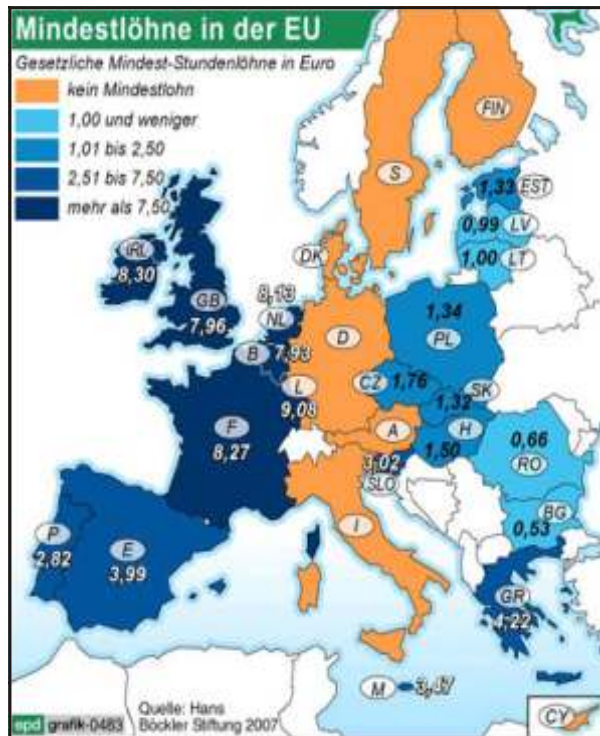


Die Löhne bleiben zurück

Die realen Nettolöhne sind in Österreich heute gleich hoch wie 1995. Die Lohnquote sinkt seit Ende der 70er Jahre.

Die Kosten für Wohnen, Energie und andere Grundbedürfnisse steigen hingegen überdurchschnittlich. BezieherInnen kleiner Einkommen sind davon besonders stark betroffen.

Immer mehr Menschen sind prekär (Teilzeit, geringfügig usw.) beschäftigt. Durch zu geringe Stundenanzahl und zu niedrigen Lohn sind sie doppelt betroffen. Sie kommen mit ihrem Einkommen immer weniger aus und werden von einer angemessenen Lebensführung ausgeschlossen und damit grundlegender Menschenrechte beraubt.



Arm trotz Vollzeitarbeit

Ein Grundgedanke des Sozialstaates, dass Menschen ohne Vermögen wenigstens durch ihre Arbeit am Zuwachs des gesellschaftlichen Reichtums beteiligt werden, wird immer mehr ausgeschaltet.

Viele müssen Zusatzjobs annehmen, um über die Runden zu kommen. Besonders betroffen von niedrigen Löhnen sind Frauen und Beschäftigte in Kleinbetrieben und im Dienstleistungsbereich.

Wenn es um die Löhne geht, schalten die Unternehmer den Wettbewerb aus. Am liebsten hätten sie nur Niedriglöhne und behaupten zynisch, damit würden mehr Arbeitsplätze geschaffen.

Und die bedarfsorientierte Mindestsicherung (744 Euro) ist nach dem Vorbild von "Hartz IV" in Deutschland laut Sozialminister Hundstorfer keine "Hängematte", sondern ein "Trampolin" und verpflichtet faktisch jede angebotene Arbeit anzunehmen.

Mindestlohn ist finanzierbar

Während die Löhne stagnieren, steigen die Profite und Millionenvermögen in astronomische Höhen. Ein Prozent der Bevölkerung besitzt ein Drittel des Vermögens, weitere neun Prozent das zweite Drittel, die restlichen 90 Prozent müssen sich das letzte Drittel teilen.

Den 68.900 MillionärInnen mit einem Vermögen von 210 Milliarden Euro (Stand 2009) stehen 1,3 Millionen armutsgefährdete Menschen gegenüber, die weniger als 951 Euro monatlich zum Leben haben. 277.000 Menschen sind trotz Vollzeitarbeit armutsgefährdet.

Österreich ist das viertreichste Land der EU. Die Produktivität der Wirtschaft hat durch die Leistung der Beschäftigten eine beispiellose Rekordhöhe erreicht. Ein Lohn, der zur Existenzsicherung reicht, ist finanzierbar. Vollzeiterwerbsarbeit muss eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen.

